

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 8. und 9. Ratssitzung vom 2. Juli 2014

217. 2014/63

Weisung vom 12.03.2014:

**Finanzverwaltung, Rechnung 2013 (Verwaltungsrechnung mit Anhang),
Genehmigung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Verwaltungsrechnung 2013 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2013 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Gewinn von Fr. 225 826.43 wird – gestützt auf Art. 6 Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
3. Die Rechnung 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2013 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird genehmigt.
5. Die Rechnung 2013 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 23. Juni 2014

Eintretensdebatte:

Rebekka Wyler (SP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2013 vor: Die Laufende Rechnung 2013 schliesst bei einem Aufwand von 8214,7 Millionen Franken und einem Ertrag von 8228,7 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von 14 Millionen Franken ab. Einschliesslich Zusatzkredit war ein Minus von 94,9 Millionen Franken budgetiert. Der bedeutend bessere Rechnungsabschluss ist aufwandseitig vor allem auf den tieferen Personalaufwand, tiefere Abschreibungen und einen tieferen Sachaufwand zurückzuführen. Letzterer ist mit negativen Abweichungen im Energieeinkauf, beim Bau-lichen Unterhalt und bei Dienstleistungen Dritter zu erklären. Das Ergebnis hat sich aber auch dank Mehrerträgen verbessert. Hinzu kommen die um 42,2 Millionen Franken tieferen Ressourcenausgleichsbeträge an den Kanton. Die Steuereinnahmen lagen 46,6 Millionen Franken unter dem Budget, trotzdem erreichte der Steuerertrag einen Rekordwert von fast 2,5 Milliarden Franken. Die Investitionsausgaben haben das Budget einschliesslich Zusatzkredit um 347,7 Millionen Franken unterschritten. 26,4 % der bewilligten Kredite wurden nicht in Anspruch genommen. Die Gemeindebetriebe erzielten einen Erfolg in der Höhe von 127,8 Millionen Franken. Das Bilanzvermögen nahm um 113,1 Millionen Franken auf 5 Milliarden Franken ab, während das Verwaltungsvermögen auf 7,5 Milliarden Franken zunahm. Das Fremdkapital hat im Vergleich zum Vor-

jahr wieder zugenommen: auf 9,3 Milliarden Franken. Die Verpflichtungen gegenüber Spezialfinanzierungen haben sich auf 2,9 Milliarden Franken erhöht. Das Eigenkapital ist auf 723,9 Millionen Franken angestiegen. Dass dies nicht dem Ertragsüberschuss der Rechnung entspricht, hat mit der Bereinigung von zu Darlehen umgewandelten Investitionsbeiträgen im Gesundheitsbereich zu tun, die eine Rückzahlung an den Kanton und die anderen Vertragsgemeinden in der Höhe von 12,9 Millionen Franken vorsehen. Unter Berücksichtigung der Schuld gegenüber der Pensionskasse würde das Eigenkapital per 31. Dezember 353,2 Millionen Franken betragen. Ein paar Einzelaspekte zur Rechnungsprüfung: 1. Mit der Umsatzabgabe des Elektrizitätswerks (ewz) hat sich die RPK intensiv auseinandergesetzt und ist der Ansicht, dass das bisherige Modell mit Blick auf künftige Entwicklungen zu überarbeiten ist. 2. Die Auswirkungen der Neuregelung der Spital- und Pflegefinanzierung führt zu Unklarheiten und Unsicherheiten in der städtischen Rechnung; Stadt und Kanton sind weiterhin aufgefordert, Lösungen für eine verlässliche und angemessene Kalkulationsbasis zu erarbeiten. 3. Der RPK sind zahlreiche Projektverzögerungen im Hoch- und Tiefbau aufgefallen. Sie wünscht sich künftig eine Erhöhung der Planungssicherheit. 4. Die Dienstabteilungen sind verpflichtet, neben dem Stellenplafond auch das Lohnbudget einzuhalten und, falls sich eine Budgetüberschreitung abzeichnet, Massnahmen einzuleiten. 5. Die RPK kann nicht nachvollziehen, warum Details zum Freien Kredit vertraulich zu behandeln sind. 6. Die dem Museum Rietberg (MRZ) entgangenen Einnahmen sind aufzuarbeiten. Aus den gemachten Erfahrungen müssen die nötigen Schlüsse gezogen werden. 7. Einige Fragen wurden leider ungenau und/oder unvollständig beantwortet. In den Antworten wurde zudem mehrfach Kritik an Gemeinderatsentscheiden geäussert – dies halten wir für unangemessen. 8. Die RPK erwartet vom Stadtrat einen baldigen Grundsatzentscheid zur Durchführung des Zürich Tattoo.

Ausblick: Das leichte Plus im Abschluss ist kein Grund für eine finanzpolitische Entwarnung. Sowohl einnahme- als auch ausgabenseitig bestehen weiterhin grosse Herausforderungen. Es ist unklar, wann die beiden Grossbanken wieder in nennenswertem Umfang Gewinnsteuern abliefern werden, auch die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf die Steuererträge von den juristischen Personen sind nicht absehbar. Die Konjunkturprognosen sind vorsichtig positiv, die Zinsen bleiben weiterhin auf historisch tiefem Niveau. Die RPK wird die Entwicklung von Personal- und Sachaufwand in der Verwaltung weiterhin aufmerksam verfolgen. Wir erwarten bald konkrete Resultate des Leistungsüberprüfungsprogramms 17/0 und lassen uns regelmässig über den Stand dieses Projekts informieren.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Finanzpolitik wird nie von allen gleich wahrgenommen. Für den Stadtrat ist die schwarze Null kein Grund zu besonderer Freude, finanzpolitische Herausforderungen sind nach wie vor gegeben. An diesen arbeitet der Stadtrat, zudem arbeitet er gegen einen Bilanzfehlbetrag. Die Rechnung kann als erfreuliches Zwischenergebnis bezeichnet werden. Reserven sind allerdings nicht mehr viele vorhanden. Die weitere Politik muss klar bei den Kosten ansetzen und eine Ergebnisverbesserung anstreben. Ziel muss es sein, unsere attraktive und erfolgreiche Stadt durch eine kluge Finanzierung aufrechtzuerhalten.

3 / 7

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 1:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK empfiehlt Zustimmung zur Dispositivziffer 1 und damit die Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2013.

Roger Liebi (SVP): Warum wir die Rechnung ablehnen, haben wir in unserer Fraktionserklärung eingehend dargelegt. Die Ausgaben steigen jährlich und können nicht durch Steuereinnahmen gedeckt werden, deshalb wird es früher oder später bergab gehen. Der Stadtrat hat soeben bestätigt, dass es keine Reserven mehr gibt. Er hat auch bekräftigt, einnahmeseitig tätig werden zu wollen, was aber der falsche Weg ist: Das Problem der Stadt ist der stetige Ausbau des Aufwands.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): Nur weil die Rechnung unter dem Budget geblieben ist, heisst das nicht, dass sie auch gut ist. Die Nettoschuld betrug 2011 3,65 Milliarden Franken, 2012 lag sie bei 4,14 Milliarden Franken und 2013 ist sie auf 4,35 Milliarden Franken gestiegen, d. h. in einem Jahr um 5 % bzw. um 200 Millionen Franken. Die Schulden steigen unaufhaltsam, obwohl wir keine Wirtschaftskrise haben, während das Eigenkapital praktisch unverändert bleibt – diese Tendenz ist nicht gut. Die Stadt muss dringend Schulden abbauen und das Eigenkapital erhöhen, was durchaus möglich wäre, ohne dass man im Alltag etwas davon merken würde.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Rechnungsergebnis ist ein Scheinergebnis, weil es nur durch die Auflösung von Reserven, nicht aber durch echte Einnahmen zustande gekommen ist. Langfristig ist dieser Trick nicht gesund. Der hohe Schuldenbestand und die unsichere Entwicklung der Zinsen könnten die Stadt einmal ernsthaft in Schieflage bringen. Die Schulden liessen sich abbauen, indem bestimmte spekulative Ertragspositionen aus dem Budget gestrichen und allfällige tatsächliche Erträge zur Schuldentilgung eingesetzt würden.

Dr. Daniel Regli (SVP): Ich möchte Ihnen zwei schlechte ökonomische Beispiele vor Augen führen, eines aus dem Präsidialdepartement (PRD) und eines aus dem Schul- und Sportdepartement (SSD): Zuerst geht es um das Museum Rietberg (MRZ), dem bekanntlich 150 000 Franken entgangen sind. Der Aufwand betrug 2013 15 Millionen Franken, das Minus lag bei 9 Millionen Franken, und das Globalbudget wurde um 400 000 Franken überschritten. Gemäss Steuerungsgrösse müssten 85 000 Eintritte erzielt werden, in der Tat waren es 2013 aber nur 58 000 bezahlte Eintritte, die fehlenden 27 000 Eintritte wurden über Gratistickets generiert. Die Aufarbeitung der Patzer im Zusammenhang mit den Katalogen soll Aufschlüsse über den grossen Kostenunterschied zwischen dem deutschen und dem englischen Katalog geben. 2. Die Fachschule Viventa (FSV) hat im letzten Jahr 4,5 Millionen Franken Defizit gemacht. Eine Nachfrage hat ergeben, dass eine Lektion in der FSV seit zehn bis zwölf Jahren lediglich drei Franken kostet, was fünf- bis siebenmal weniger ist als im privaten

4 / 7

Bereich. In den beiden Fällen besteht auf jeden Fall ein grosses Optimierungspotenzial.

Roger Liebi (SVP): *Die RPK hinterfragt die Geheimhaltung des Freien Kredits. Dies ist für mich Anlass, dem Stadtrat einmal meine grundsätzliche Irritation über die vielen geheim erklärten Geschäfte kundzutun. Es entsteht dadurch der Eindruck, dass die Verwaltung etwas zu verstecken hat und der Bevölkerung nichts zutraut. Dann möchte ich noch ein Teillob aussprechen: Bei den Spitälern hat offenbar ein Umdenken stattgefunden; es werden mehr Aufträge reingeholt. Und das Spitalfinanzierungsmodell führt mitnichten ins Desaster, wie gerne behauptet wurde. Die Spitäler arbeiten mittlerweile viel marktnäher und bereiten sich offenbar auf eine Ausgliederung vor. Diese Entwicklung begrüssen wir.*

Andrea Nüssli (SP): *Es ist doch erfreulich, dass unsere Stadtspitäler die Fallkostenpauschale durch Codierung besser abbilden und dadurch mittlerweile kostendeckend arbeiten können. Da aber noch nicht klar ist, wie es mit der Baserate weitergeht, kann im Bereich der sicheren Spitalfinanzierung noch keine Entwarnung gegeben werden. Was die Gratiseintritte des MRZ betrifft: Diese sind auch auf dessen neuen Bildungsauftrag im Zusammenhang mit Kultur und Religion zurückzuführen, d. h. auf Besuche durch Schulklassen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Das MRZ ist in dieser Debatte zu Unrecht so prominent vertreten. Die schwierige Lage ist entstanden durch eine missliche Spensorensituation und die anspruchsvolle Aufgabe, das Museumsgeschäft einnahmeseitig zu planen. Seitens des Präsidialdepartements und des Museumsdirektors haben wir schon in der Spezialkommission ausführlich und aktiv über die Situation und die bereits ergriffenen Massnahmen informiert. Damit sind wir den Forderungen der RPK zuvorgekommen. Der Fehler im Zusammenhang mit dem geplatzten Transfer nach Südamerika bestand lediglich darin, dass mit Einnahmen in der Höhe von 150 000 Franken gerechnet wurde, obwohl noch kein Vertrag vorlag. Der englische Katalog, der im Hinblick auf diesen Transfer produziert wurde, war vollumfänglich durch Drittmittel gedeckt. Das MRZ ist ein hervorragendes und sehr beliebtes Museum. Der Direktor hat während seiner 16-jährigen Amtszeit Drittmittel im Umfang von 47 Millionen Franken generiert. Der beachtliche Eigenfinanzierungsgrad von 48 % belegt einen absoluten Spitzenplatz in Europa. Die Vermittlung an Kinder und Jugendliche gehört zu unserem Konzept, und es ist wichtig, gute Konditionen dafür anzubieten.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

5 / 7

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe GR Nr. 2014/93, Beschluss-Nr. 216/2014.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 19 Stimmen zu.

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): *Das Einschleichen einer Fraktionserklärung, notabene ohne Ankündigung, entspricht nicht den Gepflogenheiten des Ratsbetriebs. Die FDP-Fraktion greift einen Fall heraus und stellt dazu einfach Behauptungen auf. Ich möchte an dieser Stelle bemerken, dass wohl niemand etwas gegen günstigen Gewerberaum einzuwenden hat. Zur Dispositivziffer 3: Wir haben die Jahresrechnung 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) geprüft. Die Mehrheit der RPK beantragt Genehmigung der Rechnung.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Die SVP wird sich aus verschiedenen Gründen der Stimme enthalten. Dass die FDP die Rechnung trotz heftiger Kritik annehmen will, ist für uns nicht nachvollziehbar.*

Dr. Pawel Silberring (SP): *Die PWG hat nicht nur für die subventionierten, sondern für alle Wohnungen, die mit städtischen Abschreibungsbeiträgen unterstützt wurden, Vermietungsrichtlinien mit einer Obergrenze für Vermögen und Einkommen. Auch ist sie bei bestehenden Verträgen an das Mietrecht gebunden. Ihr Ziel ist es, langfristig günstige Mieten zu ermöglichen.*

6 / 7

Roger Tognella (FDP): *Wir haben unsere Fraktionserklärung auf dem üblichen Weg angekündigt, und sie stellt mitnichten Behauptungen auf: Im Geschäftsbericht der PWG, Seite 8 und folgende, sind alle von uns vorgebrachten Fakten enthalten. Das Geld für die Abschreibungsbeiträge wird unserer Meinung nach falsch eingesetzt. Es handelt sich aber nicht um Falschbuchungen, deshalb können wir die Rechnung als Ganzes annehmen. Bei der Sprechung des Budgets wird der Rat dann aber Einfluss nehmen müssen. In Sachen PWG enthalten wir uns der Stimme.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 78 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der RPK beantragt die Genehmigung der Rechnung der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien.*

Roger Liebi (SVP): *Wir lehnen diese Rechnung ab, da wir der Ansicht sind, dass diese Stiftung diverse Wohnungen besitzt, in denen keine kinderreichen Familien leben. Die Tätigkeit der Stiftung entspricht nicht ihrem Zweck.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 18 Stimmen zu.



7 / 7

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Die RPK beantragt einstimmig die Zustimmung zur Rechnung der Stiftung Alterswohnungen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verwaltungsrechnung 2013 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2013 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Gewinn von Fr. 225 826.43 wird – gestützt auf Art. 6 Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
3. Die Rechnung 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2013 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird genehmigt.
5. Die Rechnung 2013 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juli 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat